



Holger Seit

☎ 089 / 76 79- 133

✉ 089 / 76 85 62

* seit@lbb-bayern.de

Pressemitteilung

Baugewerbepräsident Helmut Hubert fordert Impulse für den Wohnungsbau

(München, am 15. Januar 2008) Helmut Hubert, Präsident der Bayerischen Baugewerbeverbände, nahm heute im Rahmen eines gemeinsamen Pressegesprächs mit dem Bayerischen Innenstaatssekretär Jürgen W. Heike und dem Sprecher der Geschäftsleitung der BayernLabo Gerhard Flaig zur Entwicklung des Wohnungsbaus in Bayern Stellung.

„Wir brauchen angesichts des historischen Tiefs der Baugenehmigungszahlen dringend starke Impulse für den Wohnungsbau. Die Rahmenbedingungen müssen besser werden“, forderte Hubert.

Hubert zeigte sich enttäuscht davon, dass die Bundesregierung den Wohnungsbau in den vergangenen Jahren erschwert hat. „Die ersatzlose Abschaffung der Eigenheimzulage, die Streichung der degressiven Abschreibung, die gestiegene Mehrwertsteuer und die immer wieder hinaus geschobene Einbeziehung der Wohnimmobilien in die geförderte Altersvorsorge haben den Wohnungsbau fast zum Erliegen gebracht. Er ist derzeit weder für Eigenheimbauer noch für Investoren attraktiv“, konstatierte Hubert. Die Zahl der Baugenehmigungen in Bayern war 2007 im Vorjahresvergleich um über 30% gesunken.

Hubert begrüßte deshalb die heute von Innenstaatssekretär Jürgen W. Heike vorgestellte Initiative des Freistaats, mit Wohnungsbau-, Zinsverbilligungs- und Modernisierungsprogrammen Neubau, Erwerb und Modernisierung von Wohnungen künftig stärker zu fördern. Er wies aber auch darauf hin, dass diese Programme bislang der Öffentlichkeit weitgehend unbekannt sind. Außerdem müssten sie erweitert werden, um den Wohnungsbau nachhaltig anzukurbeln.

So sei es notwendig, den **Ersatzneubau altersgerechter Wohnungen** als ein gleichwertiges und förderwürdiges Element der Wohnungsbaupolitik anzuerkennen. „Die Förderung altersgerechter und energetisch den klimapolitischen Zielen entsprechenden Ersatzneubauten ist sinnvoll, weil das selbständige Wohnen im Alter unschwer mit niederschweligen Betreuungsangeboten verbunden werden kann. Diese bieten im Verhältnis zur Unterbringung alter Menschen in stationä-

ren Altenheimen nicht nur eine höhere Lebensqualität, sondern entlasten auch die Pflegekassen und stärken gerade in Klein- und Mittelzentren innerstädtische Standorte“, begründete Hubert die Forderung des Baugewerbes. Von den ca. 39 Millionen Wohnungen in Deutschland sind nur etwa 250.000 mit einem altersgerechten Standard ausgestattet.

Hubert forderte außerdem die Kommunen auf, wieder **mehr Bauland auszuweisen**. Die zu geringe Ausweisung von Bauland habe in den vergangenen Jahren dazu geführt, dass sich Bauland stark verteuert habe. Von 1996 bis 2005 stiegen die durchschnittlichen Baulandpreise in Bayern von € 100,- auf € 220,-. Allein von 2003 bis 2004 gab es einen Anstieg von 14%, während im gleichen Zeitraum der Verbraucherpreisindex nur um 4,3% stieg. Vor allem in den großen Städten und Ballungsräumen hat sich in den vergangenen Jahren der Anteil der Baulandkosten an den Wohnungs- und Hauspreisen immer mehr erhöht, während der Anteil der Baukosten zurückging.

Als dritte wichtige Maßnahme zur Förderung des Wohnungsbaus forderte Hubert die **Erweiterung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerrechnungen**. *„Von der 2006 eingeführten Absetzbarkeit handwerklicher Modernisierungs- und Erhaltungsleistungen für selbst genutzte Wohnungen von der Steuerlast gingen positive Impulse aus. Die wohnungsbau- und beschäftigungspolitisch guten Wirkungen dieses Instruments sollten deshalb verstärkt werden, indem der maximale Abzugsbetrag von der Steuerschuld für allgemeine haushaltsnahe Dienstleistungen, Pflegedienstleistungen und Handwerkerleistungen einheitlich auf 25% von € 12.000,- – dies entspricht € 3.000,- – angehoben wird“,* so Hubert.